wahrnehmen zu können. Jeder speziellen, im Einzelfall unternommenen vorbeugenden Aktivität der Leiter oder Leitungen und ihrer Kollektive wird dauerhafter Erfolg versagt bleiben, wenn diese nicht auf dem Boden der Arbeits- und Lebensbedingungen wirksam werden, die generell und ständig auf die Gewährleistung von Gesetzlichkeit und Disziplin, Ordnung und Sicherheit gerichtet sind.

5. In enger Beziehung zu Art. 90 Abs. 2 Verfassung und Art. 3 StGB ist im Gesetz über den Ministerrat der DDR vom 16. 10. 1972 (GBl. I 1972 Nr. 16 S. 253) Und im GöV die Verantwortung des Ministerrates sowie der Volksvertretungen und ihrer Räte in den Bezirken und Kreisen für die Gewährleistung des allseitigen Schutzes der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung, die Durchsetzung der sozialistischen Gesetzlichkeit sowie die Festigung der Sicherheit und Ordnung bestimmt. Alle von ihnen getroffenen Entscheidungen über Sicherheit und Ordnung sind für die wirtschaftsleitenden Organe, Betriebe, Kombinate, die Genossenschaften und Einrichtungen im Bezirk und Kreis verbindlich. Auch kontrollieren sie insoweit die Durchführung (§§ 34, 48, 68 GöV, § 9 Gesetz über den Ministerrat) der von ihnen getroffenen Entscheidungen.

6. Auf der Grundlage des Gesetzes über den Ministerrat und des Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe bestimmt der Beschluß über die Verbesserung der Rechtsarbeit in der Volkswirtschaft vom 13.6. 1974 (GBl. I 1974 Nr. 32 S. 313) weitergehende Aktivitäten, für deren Durchsetzung die Leiter der Staats- und Wirtschaftsorgane persönlich verantwortlich sind. Die umfassende Aufgabenstellung zur weiteren Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit schließt die Pflicht der Leiter in sich ein,

- die politisch-ideologische Erziehungsbereitschaft innerhalb ihres Verantwortungsbereiches so zu entwickeln, daß bei der Vorbereitung und Durchsetzung aller wichtigen Planungs- und Leitungsentscheidungen die Erfordernisse der Vor-

beugung und Bekämpfung der Kriminalität und anderer Rechtsverletzungen sorgfältig beachtet werden,

- Ursachen und Bedingungen von Straftaten aufzudecken und Maßnahmen zu ihrer Überwindung und Vorbeugung festzulegen (vgl. auch § 8 der Kombinatverordnung). Dabei sollten sich die Leiter einen ständigen Überblick verschaffen über die im Verantwortungsbereich getroffenen spezifischen Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität sowie über das Ausmaß und die durch Straftaten verursachten Schäden. Schädliche Auswirkungen der Kriminalität haben auch negative ideologische und moralische Auswirkungen auf die Beziehungen innerhalb der Arbeitskollektive,
- Strafverfahren auszuwerten und gute Beispiele der Rechtsverwirklichung durch Arbeitskollektive zu verallgemeinern,
- in den Wettbewerb und den Kampf um die Anerkennung als „Bereich (bzw. Betrieb) der vorbildlichen Ordnung und Sicherheit“ Maßnahmen aufzunehmen, die darauf gerichtet sind, Straftaten und anderen Rechtsverletzungen vorzubeugen,
- durch die **Kontrolle** der angeordneten Maßnahmen zu sichern, daß die gesetzlichen Pflichten zur Vorbeugung und Bekämpfung der Kriminalität und anderer Rechtsverletzungen zum Bestandteil der Leitungstätigkeit jeder Einrichtung, Institution, WB, jedes unterstellten Kombinates oder Betriebes werden und darüber im Rahmen der geltenden Rechtsvorschriften auf Belegschaftsversammlungen, Vertrauensleutevollversammlungen, gewerkschaftlichen Rechtskonferenzen, Sicherheitskonferenzen und anderen Veranstaltungen Rechenschaft gelegt wird.

In den Rechenschaftslegungen der Leiter sollte insbesondere auf folgendes eingegangen werden :

- Effektivität der Kontrollsysteme, Gewährleistung der Wahrheit und der Sicherheit im Rechnungswesen und der Nachweisführung,